

Volksstimme

Einzelpreis 1 1/2 Milliarden

Tageszeitung der Vereinigten sozialdemokratischen Partei.

Die „Volksstimme“ erscheint an jedem Wochentag abends. — Verantwortlich: Redakteur Albert Dautz, Magdeburg. — Verantwortlich für Inserate: Wilhelm Lindau, Magdeburg. — Druck und Verlag von W. P. G. Langenbuch & Co., Magdeburg, Große Mühlstraße 3. — Fernsprech-Anschlüsse: Für Inserate Nr. 1587, für die Redaktion Nr. 1784, für den Verlag und die Druckerei Nr. 961. — Postzeitungsliste 2. Nachtrag, Seite 110. — Bezugspreis: Woche vom 29. Oktober bis 5. November 8 Milliarden Mark, Abholer 7,8 Milliarden Mark.

Anzeigen-Grundpreise: Die 10spaltige, 27 Millimeter breite Konparettabelle örtlich 84 Mt., auswärts 104 Mt., Familienanzeigen und Stellenangebote 42 Mt., Vereinstafeln 35 Mt., die dreispaltige, 30 Millimeter breite Reklametabelle örtlich 42 Mt., auswärts 54 Mt. Der Grundpreis wird vervielfacht mit der Schlüsselzahl des Vereins d. Deutsch. Zeitungverleger, kurzem 16 Millionen. Der gewählte Rabatt geht verloren, wenn nicht binnen 6 Tagen nach Rechnungsdatum Zahlung erfolgt. — Für Plagatschriften keine Gewähr. — Postfachkonto Nr. 122 Magdeburg.

Nr. 255.

Magdeburg, Donnerstag den 1. November 1923.

34. Jahrgang.

Wendung in Sachsen.

Eine sozialdemokratische Regierung.

Eine der ersten Maßnahmen des Reichskommissars Heinze war das Ersuchen an den Wehrkreiskommandeur, den Zusammentritt des Sächsischen Landtags zu verbieten und das Landtagsgebäude militärisch besetzen zu lassen. Er hat diese Maßnahmen, die eines Hitler würdig wären, sofort zurücknehmen müssen.

Der Sächsische Landtag hat sich am Dienstag mittag versammelt und vertagte sich sofort auf 6 Uhr abends, um den Fraktionen Zeit zur Beratung zu geben. Da zu dieser Stunde eine Klärung noch nicht erfolgt war, trat neue Vertagung ein.

Um 1/10 Uhr abends trat der Landtag wieder zu einer Vollsitzung zusammen. Präsident Winkler erklärte, daß sich die Parteien auf einer Basis geeinigt hätten, die gegenwärtigen unhaltbaren Zustände zu beseitigen. Eine Einigung habe in der Richtung stattgefunden, an Stelle der bisherigen Regierung einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen.

Abg. Lieberach (Komm.) verlas als Schriftführer ein Schreiben Dr. Zeigners, in welchem dieser mitteilt, daß er sein Amt als Ministerpräsident niederlege.

Die Deutschnationalen sowohl als auch die Kommunisten erhoben Bedenken dagegen, die Wahl des neuen Ministerpräsidenten sofort vornehmen zu lassen. Es wurde darauf beschlossen, das Haus wiederum zu vertagen, und zwar bis 1/2 Uhr Mitternacht mit der Tagesordnung: Wahl des Ministerpräsidenten.

In der Nachsitzung wurde der Abgeordnete Fellisch (Sozialdemokrat) mit 46 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt, 18 Stimmen entfielen auf den Abgeordneten Kaiser (Volkspartei). 71 Abgeordnete waren anwesend.

Die Deutschnationalen hatten vor Beginn der Wahl den Saal verlassen, während sich die Kommunisten der Abstimmung enthielten.

Abg. Fellisch, der schon einmal als Wirtschaftsminister der Regierung angehört hat, nahm die Wahl zum Ministerpräsidenten an, worauf die Sitzung geschlossen und das Haus auf Dienstag den 6. November vertagt wurde.

Nach Meldungen aus Dresden haben sich Demokraten und Deutsche Volkspartei bereit erklärt, die Bildung eines sozialdemokratischen Ministeriums zu ermöglichen. Ueber die voraussichtliche Zusammensetzung des Kabinetts Fellisch wird gemeldet: Ministerpräsident Fellisch, Innenminister Liebmann, Finanzminister Feld, Arbeitsminister Graupe, Justizminister Reu, Volksbildung Fleißner, Wirtschaftsminister noch unbekannt. Sämtlich Sozialdemokraten.

Kein Rücktritt des Zivilkommissars.

Nach einer Wolff-Meldung teilt der Regierungskommissar für den Bereich des Wehrkreiskommandos 4, Reichstagsabg. Meier (Soz.) mit, daß die Meldung, das Wehrkreiskommando zeige keine Neigung, die Anordnungen zu befolgen, die der Reichswehrminister über die Befugnisse der Zivilkommissare aufgestellt, unzutreffend ist. Seit Bekanntwerden des Beschlusses des Reichswehrministers hat das Wehrkreiskommando sich daran gehalten und die den Zivilkommissar betreffenden Angelegenheiten ihm unterbreitet.

Damit erledigt sich die Schlussfolgerung, daß der Zivilkommissar voraussichtlich seinen Rücktritt erklären würde.

Austritt aus der Reichsregierung.

Angeichts der Vorgänge in Sachsen haben die sozialdemokratischen Reichsminister dem Vorstande der Reichstagsfraktion ihre Absicht mitgeteilt, aus der Reichsregierung auszuschiden.

Der Fraktionsvorstand hat in seiner Sitzung vom Dienstag erwidert, die Entscheidung der Reichstagsfraktion zu überlassen, die Mittwoch nachmittag zusammentritt. Für die Vertagung des endgültigen Beschlusses war u. a. auch der Umstand von Bedeutung, daß eine Klärung der Regierungsfrage in Sachsen, über die am Dienstag in Dresden verhandelt wurde, abgewartet werden sollte.

Heinze will wieder abreisen.

Die Besetzung des Sächsischen Landtags auf Wunsch des Reichskommissars Heinze ist selbst dem deutschnationalen Vizepräsidenten über die Hut-schnur gegangen. Er hat beim Wehrkreiskommando mündlich Protest erhoben.

Die Reichswehr hat darauffin am Dienstag vormittag das Landtagsgebäude wieder geräumt. Heinze gab am Dienstag die Erklärung ab, es wäre ihm nichts lieber, als wenn der Landtag sofort zusammentrete und einen neuen Ministerpräsidenten wähle. Er würde dann sofort wieder abreisen.

Der Ministerpräsident ist gewählt. Der Abreise des ungeschickten Reichskommissars steht nichts mehr im Wege. Bevor Heinze seinen Diktatorenkoffer wieder packte, hat er noch einen Beweis seiner hervorragenden staatsmännischen Fähigkeiten gegeben. Nach Meldung der „Sächsischen Zeitung“ hat er nämlich den sozialdemokratischen Oberregierungsrat Bloß, der Chef der Nachrichtenstelle der sächsischen Regierung ist, und den Chefredakteur der „Sächsischen Staatszeitung“, Bernhard Jolles, ihrer Ämter entzogen.

Heinze und Strefemann.

Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet: Der Reichskommissar für den Freistaat Sachsen, Reichsminister a. D. Heinze, der in allen Amtshandlungen, die er in den kurzen Stunden seiner Regentenschaft vornahm, eine unglückliche Hand gehabt hat, zeigt dieses Ungeschick auch in dem Aufruf an die sächsische Bevölkerung. Er behauptet darin, der Reichspräsident habe auf Grund der Reichsverfassung, Art. 48 Abs. 1, die bisherige sächsische Regierung ihres Amtes enthoben und ihn als Reichskommissar bestellt.

Es ist kaum zu glauben, daß ein früherer Justizminister und Reichsgerichtsrat sich so ungenau ausdrückt. In Wirklichkeit muß ihm bekannt sein, daß der Reichspräsident keineswegs die sächsische Regierung abgesetzt und Heinze zum Reichskommissar ernannt hat. Der Reichspräsident hat vielmehr dem Reichskanzler eine allgemeine Ermächtigung gegeben, die sächsische Regierung und nötigenfalls andre sächsische Behörden abzuweihen. Für den Zeitpunkt und die Art der Ausübung dieser Ermächtigung trägt allein der Reichskanzler die Verantwortung. Er trägt auch die Verantwortung für die Ernennung des Herrn Heinze. Diese Ernennung ist uners Wissens erst in der Parteiführerbesprechung am Montag vormittag den Fraktionsführern und Kabinettsmitgliedern bekanntgeworden.

Hätte der Reichskanzler, wie es richtig und klug gewesen wäre, die Frage der Durchführung der Ermächtigung des Reichspräsidenten und die Ernennung des Reichskommissars vor das Kabinett gebracht, so würden die sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder und mit ihnen vielleicht auch der eine oder andre bürgerliche Minister vor überhitzten Schritten warnen können. Insbesondere würden sie auch zweifellos gegen die Ernennung Heinzes Einspruch erhoben haben, denn die Berufung eines führenden Volksparteilers mußte doch in einem Staate mit sozialistischer Mehrheit alles andre als beruhigend wirken.

Wir wissen nicht, ob der Reichskanzler sich bemüht hat, eine andre Persönlichkeit für den Posten zu gewinnen. Alle Maßnahmen dieser unglücklichen zwei Tage tragen den Stempel der Unüberlegtheit und der Ueberbereitschaft an sich.

Das Blutbad in Freiberg.

Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ meldet, werden das Reichswehrministerium und das Reichsministerium des Innern je einen Vertreter nach Freiberg (Sachsen) entsenden. Ihre Aufgabe ist, dort eine unparteiische Untersuchung der blutigen Vorfälle vorzunehmen.

Es wäre besser gewesen, Männer mit ungetrübtem Blick nach Sachsen zu schicken, um zu prüfen, was an den Schwindelmeldungen in einem großen Teile der bürgerlichen Presse war, bevor das Kabinett beschloß, Reichswehr nach Sachsen zu schicken.

Die harmlose Mustt.

Die Reichswehrleitung ist offenbar durch die Berichte über die Abziehung der sächsischen Minister selber etwas beunruhigt. Vielleicht ist doch dem einen oder andern zum Bewußtsein gekommen, daß von der Musikkapelle angefangen bis zum enticherten Gewehr das Vorgehen des Militärs eine ungeheure Schädigung des deutschen Ansehens darstellt.

Amtlich wird jetzt zur „Steuer der Wahrheit“ folgendes verlautbart:

Ueber die Vorgänge, die sich heute nachmittag vor und in dem Ministerialgebäude in Dresden abspielten, sind irrige Gerüchte verbreitet worden, die sich teilweise vielleicht daraus erklären, daß bei der augenblicklichen starken Verbosität breiter Volkstriebe auch Augenzeugen nicht mehr ganz unbefangene und richtig sehen und berichten. Vielesch heißt es, daß Truppen mit klingendem Spiele vor dem Regierungsgebäude aufmarschiert seien und danach Kommandos in das Gebäude hineingeführt hätten, die den sächsischen Ministerpräsidenten Doktor Zeigner und die andern Minister unter Anwesenung brustaler Gewalt aus ihren Amtszimmern und dem Hause vertrieben. Weiter wird behauptet, daß bei der Besetzung des Ministerialgebäudes Maschinengewehre mit der Schußrichtung nach dem Gebäude in Stellung gebracht worden wären. Wäre in dieser Weise tatsächlich entgegen anders lautenden Weisungen verfahren worden, so würde die Reichsregierung dies als ein Vorgehen, das den Absichten der Reichsregierung zuwiderliefe, durchaus mißbilligen.

Der amtliche Bericht stellt jedoch die Vorgänge ganz anders dar. Er bejagt, daß der Reichskommissar Dr. Heinze, der sich nach seiner Ernennung zum Wehrkreiskommando begeben hatte, gegen 12 Uhr 30 Minuten nachmittag einen Hauptmann in das Regierungsgebäude entsandte, um den sächsischen Ministern seine Bestellung zum Reichskommissar bekanntzugeben und sie gleichzeitig auffordern zu lassen, bis 2 Uhr nachmittags ihre Geschäftszimmer zur Verfügung zu stellen. Gegen 2 1/2 Uhr nachmittags marschierte das Reichswehrbataillon, bei dem die Kommandos für die mit Wachen zu besetzenden Gebäude eingeteilt waren, wie alltäglich mit Musik durch die Stadt und an dem Regierungsgebäude vorüber, wobei die für dieses bestimmte Wache dorthin abkommandierte. Der Kommandeur des Bataillons, dem die um 12 1/2 Uhr an die sächsischen Minister ergangene Aufforderung des Reichskommissars Dr. Heinze bekannt war und der annehmen mußte, daß die Minister das Regierungsgebäude demgemäß bereits verlassen hätten, hatte keine Veranlassung, die Musik beim Vorbeimarsch am Regierungsgebäude abzustellen. Von einem Aufmarsch des Bataillons war keine Rede; die eingeteilte Wache schwenkte, wie bei allen andern Gebäuden, aus dem marschierenden Bataillon ab. Der Führer der Wache traf weder Erwartungen die sächsischen Minister bis auf den Minister Federt in dem Gebäude noch vor. Der Ministerpräsident Dr. Zeigner und die andern Minister entsprochen dem höflichen Ersuchen, das Ministerialgebäude zu verlassen, ohne weiteres. Lediglich der kommunistische Minister Böttcher erklärte, daß er Protest einlege und nur der Gewalt weiche. Er wurde von einem Offizier bis an den Ausgang des Regierungsgebäudes geleitet, doch fand auch hierbei keinerlei Gewaltanwendung statt.

Die Reichsregierung würde also mißbilligen, wenn „tatsächlich“ entgegen anders lautenden Weisungen“ so vorgegangen worden wäre, wie es in unsern und in andern Berichten geschildert worden ist. Aber sie hat ihren „amtlichen Bericht“ und da ist natürlich alles, was andre gesehen, nur „Phantasie“. Schade nur, daß die Phantasie hier wie an andern Stellen manches doch genauer sehen als die amtlichen Brillen.

Proteststreik in Sachsen.

Der Aufruf zum dreitägigen Proteststreik ist in ganz Sachsen in vollem Umfang befolgt worden. Gemäß den herausgegebenen Anordnungen werden Lebenswichtige Betriebe, Post und Eisenbahn nicht bestreikt.

Das Wehrkreiskommando hat die Veröffentlichung des Aufrufs zum Proteststreik verboten und die sozialdemokratischen Zeitungen in Dresden, Plauen, Chemnitz und Zwickau verboten, weil sie den Aufruf brachten. Und hat damit den Generalstreik doch nicht verhindern können. . . .

Reichstagsführung am 6. November.

Der Ältestenausschuß des Reichstags beschloß am Dienstag, die nächste Sitzung des Reichstags am Dienstag den 6. November stattfinden zu lassen, falls die Reichsregierung nicht vorher bereit ist oder den Wunsch hat, eine Erklärung zur politischen Lage abzugeben. In diesem Fall ist die nächste Plenarsitzung für Freitag den 2. November vorgezogen.

Auf alle Fälle bringt die erste Sitzung des Reichstags eine allgemeine politische Aussprache, während die Beratung des Arbeitszeitgesetzes einer späteren Sitzung vorbehalten bleibt.

Der Beirat des Deutschen Eisenbahnverbandes beschäftigte sich in seiner letzten Sitzung mit der Beamtenabbaubewegung. Der Beirat bewertete, daß dieser Bewegung nicht erst die Reorganisation der Verwaltung vorausgegangen sei. Der Vorstand wurde beauftragt, mit aller Energie zu verhüten, daß die beabsichtigte Entlassungsaktion auf die Arbeiter abgewälzt wird, da nach den bisher gemachten Erfahrungen die einseitige Entlassung von Arbeitern stets eine Schädigung der Wirtschaftsführung der Reichsbahn herbeigeführt hat.

Ein Krupp-Abkommen.

Das bessere Frankreich. Von dem Leiter der „Revue germanique“ in Lille, J. Piquet, erhielt dieser Tage der junge Dichter Alfred Rein einen Brief, in dem es u. a. heißt: „Ja, leider sind die Mißlichkeiten zwischen Ihrer Heimat und meiner noch nicht zu Ende. Ich hoffe doch, im Interesse beider Völker, daß es bald sich zum Besseren wendet. Trotz der Spitzkappe hier und drüben wird sich das von Ihnen und von den meisten meiner Landsleute gewünschte „vernünftige Verhältnis“ einstellen. Es wäre ja jammervoll für die Kultur, ja für die Menschheit, wenn Deutschland und Frankreich nicht Hand in Hand gingen. Aber es kann nicht immer so bleiben wie jetzt. Die Zukunft wird es beweisen.“ — Gegen Henri Barbusse, den Verfasser des Buches „Le Feu“ („Das Feuer“), ist wegen einer Ansprache, die er bei dem internationalen Kongreß ehemaliger Kriegsteilnehmer gehalten hat, die Anklage wegen Anstiftung von Militärpersonen zum Ungehorsam erhoben worden.

Die Lage im Ruhrgebiet ist nach wie vor äußerst kritisch. Die Verhandlungen zwischen den Ruhrindustriellen und der französischen Ingenieurkommission, die das Verhängnis der allgemeinen Entlassungen der Arbeiter abwenden sollen, werden fortgesetzt, ohne bisher greifbare Resultate erzielt zu haben. In Paris nimmt man jedoch an, daß es noch in dieser Woche zu einem Abkommen mit den Industriellen kommen wird, da von französischerseits zu Zugeständnissen bereit sei. Die Kohlensteuer soll ermäßigt und außerdem sollen den Industriellen für die Zahlung der rückständigen Steuern gewisse Fristen eingeräumt werden.

Für die 52 000 Arbeiter bei Krupp in Essen sieht es etwas trüblicher aus. Pariser Zeitungen teilen mit, daß am Mittwoch ein Vertrag zwischen Krupp und der Ingenieurkommission unterzeichnet werden soll. Der Vertrag ist in seinen Einzelheiten noch nicht bekannt, aber die französischen Mitteilungen legen besonders Wert darauf, daß Krupp 20 Prozent der Produktion seiner Werke für die Reparationskommission abliefern muß und daß die Kohlensteuer nach einem bestimmten Verhältnis zu den Lieferungen berichtigt und bezahlt werden muß. Eine größere Vorauszahlung in Devisen ist von Krupp zu leisten.

Ein Krupp-Direktor hat einem französischen Berichterstatter erklärt, daß seine Firma gar nicht darin gedacht hätte, die Arbeiter zu entlassen. Nur die Arbeitszeit wurde von 48 auf 30 Stunden herabgesetzt. Der Direktor lobte dann die Verständigkeit der Betriebsräte, ein Lob, an das wir hoffentlich bei anderer Gelegenheit nicht zu erinnern brauchen.

Ruhr treibt die Juden aus.

Der starke Mann in Bayern macht vor der von Hitler und seinen Banden beherrschten Straße seine Verbeugung: er treibt die Juden aus München.

Seit etwa 14 Tagen ergehen täglich Ausweisungsbefehle, bisher sind davon etwa 180 Personen betroffen, darunter einige, die preussische Staatsangehörigkeit besitzen. Dabei handelt es sich nicht etwa um Leute, die erst seit Kriegsende sich in München niedergelassen haben, sondern lediglich um Deutsche, die seit zwei und drei Jahrzehnten in München ihren dauernden Wohnsitz haben. Von den Ausgewiesenen ist derjenige, der die kürzeste Zeit in München weilt, seit 17 Jahren anlässlich. Die Wohnungen der Ausgewiesenen verfallen der Beschlagnahme, so daß die Möglichkeit eines Wohnungsaustausches nicht in Frage kommt. Aus diesem Grunde suchen eine große Anzahl Familien — man spricht von 200 — München freiwillig zu verlassen, bevor die Fremdenpolizei weitere Ausweisungsbefehle des Generalkommissars ausführt.

Die Ausweisung wird in den meisten Fällen formal damit begründet, daß die Leute sich in einer das Wirtschaftsleben schädigenden Weise verhalten hätten.

Es liegen Anhaltspunkte dafür vor, daß in Zukunft nicht nur Juden und Ausländer von der Ausweisung betroffen werden, sondern unter Umständen auch Christen und Leute mit deutscher und bayerischer Staatsangehörigkeit. Letzteren würde ein Zwangsaufenthalt irgendwo in Bayern angedroht.

Da die ganze Ausweisungsaktion in ihrer jetzigen Form als eine Konzession des Rühr an Hitler zu betrachten ist, so ist die in Fettdruck erhobene Forderung im „Völkischen Beobachter“ wohl zu beachten. Sie lautet in Form einer Frage: „Werden die marginalen Zeitungen in Bayern noch immer unhindert erscheinen und bleiben die marginalen Parteien noch immer bestehen? Werden die Auer und Genossen noch weiterhin frei umherlaufen?“

Diese Frage war kaum gestellt, als auch schon die „Münchener Post“ bis auf weiteres verboten wurde.

Die vertriebenen Familien sind zum großen Teil in die besetzten Gebiete geflüchtet. Der Oberbürgermeister von Köln erklärt einen Aufruf zur Unterstützung der Vertriebenen, worunter Familien sind, die seit über 30 Jahren in München ansässig waren. Mit Rühr kehrt das Mittelalter wieder.

Die Wahlen in Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:
Mitten in einer Welt der Reaktion, rings umgeben von Staaten, in denen die Gegenrevolution entweder mit Waffengewalt das Proletariat niedergeworfen hat oder jetzt eben drohend ihr Haupt erhebt; oder zumindest von solchen Staaten, die dem französischen Militarismus dienstbar sind, hat das österreichische Proletariat einen Sieg gegen eine Partei erkochten, die nicht nur alle Instinkte der Reaktion seit jeher in den breiten Massen meisterhaft gegen die Sozialdemokraten aufzuspitzen verstand, sondern auch noch unter dem Schutze des Ententekapitals in den Wahlkampf gegen die Sozialdemokraten zog. Unter der Parole der angeblichen Rettung Oesterreichs durch den Völkerbund und der Zusammenfassung des ganzen Bürgertums gegen die Sozialdemokratie hat der Führer der Christlichsozialen Partei, der Bundeskanzler und Prälat Dr. Seipel, den Wahlkampf begonnen. Wenn auch die von Seipel gewünschte Einheitsliste aller bürgerlichen Parteien aus taktischen Gründen nicht zustande kam, so standen diese Parteien doch in einer einheitlichen Front gegen die Sozialdemokratie. Merkmal und Freisinnige, Antisemiten und Südschlesische, Großdeutsche und Ochsenschnationale, Agrarier und Industrielle, Bankenvertreter und Sakenfrentler kämpften nur gegen einen Feind, gegen die Sozialdemokratie. Selbst die Kommunisten, die kaum

Dollar Amtliche Notiz 72,5 Milliarden
Wester Kurs in Neuport 100 000 000 000 M.

ein Wort gegen die bürgerlichen Parteien zu sagen wußten, waren ihnen ein willkommenes Wahlhelfer gegen die Sozialdemokratische Partei.

So kam der Wahltag und die Reaktion machte sich um so mehr Hoffnungen auf den Sieg, als ihr auch die Not des deutschen Volkes zu Hilfe zu kommen schienen, denn eins ihrer stärksten Argumente gegen die Sozialdemokratie war der Vorwurf gewesen, daß sie den „Anschluß an die Mark“ gewünscht haben. Die Offensive der Reaktion hatte der Arbeiterchaft gezeigt, was ihr bevorstand, wenn die bürgerlichen Parteien siegten. In einem glänzenden Ansturm, wie ihn selbst die an Siegen reiche Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie noch nicht zu verzeichnen hatte, wurde nicht nur der Angriff der Reaktion abgewiesen, sondern es ist der Sozialdemokratie sogar gelungen, ihre Positionen noch zu verstärken.

Für die musterhafte Disziplin und Geschlossenheit, mit der die österreichische Arbeiterchaft ihre Kämpfe zu führen versteht, ist bezeichnend, daß die Kommunisten nicht nur kein Mandat errangen, sondern auch im ganzen Wahlkampf überhaupt keine große Rolle gespielt haben. Es ist ihnen nicht einmal gelungen, auch nur die 25 000 Stimmen, die sie bei der letzten Wahl in ganz Oesterreich aufgebracht haben, zu erhalten. Demgegenüber hat die Sozialdemokratie in ganz Oesterreich ihre Stimmzahl nahezu um eine Viertelmillion vermehrt. Bei den Wahlen im Jahre 1920 entfielen auf sie 1 072 709, diesmal 1 300 000 Stimmen. Selbst gegenüber den Wahlen des Jahres 1919, wo die Stimmen für die Sozialdemokratie unter dem Eindruck der Revolution auf 1 211 000 Stimmen emporschnellten, hat sie diesmal ihre Stimmzahl noch um 90 000 vermehrt. In Wien selbst stieg die Stimmzahl von 436 147 im Jahre 1920 auf 571 686, also um 135 500, während sich die Stimmzahl der Christlichsozialen nur von 279 285 auf 338 706, also um 59 500 steigerte.

Dieser erzielte Stimmengewinn kommt infolge der Aenderung des Wahlgesetzes, die von den Christlichsozialen mit dem ausgesprochenen Zwecke, die Wahlausichten der bürgerlichen Parteien zu verbessern, vorgenommen wurde, in der Mandatszahl nicht voll zum Ausdruck. Dennoch zeigt auch die Verschiebung der Mandate das Wachstum der Partei. Im vorigen Nationalrat hatten die Sozialdemokraten 69 Mandate, die Christlichsozialen 85. Daneben gab es auch noch 20 Großdeutsche, 7 Bauernbündler und einen sogenannten bürgerlichen Demokraten. Obwohl die Zahl der Mandate um 18, nämlich von 183 auf 165, verringert wurde, werden die Sozialdemokraten genau so viel Mandate wieder haben wie bei der höhern Mandatszahl. Das sogenannte Ermittlungsverfahren, durch das die Mandate nach dem Proporz auf die einzelnen Parteien aufgeteilt werden, ist zwar im Augenblick noch nicht ganz beendet. Aber die Sozialdemokraten werden, das ist jetzt schon sicher, nicht weniger als 67 oder 68 Mandate erhalten. Die Christlichsozialen werden es auf 81 bis 83 Mandate bringen, werden also trotz der von ihnen so kunstvoll gemachten Wahlordnung zwei bis vier Mandate einbüßen.

Ein Zusammenhang aber bedeutet die Wahl für alle die kleinen Parteien, die im Gefolge der Christlichsozialen

gegen die Sozialdemokratie anstürmten. Die Großdeutschen, die alle ihre Prinzipien, den Anschluß an Deutschland eben, wie ihren ehemaligen Antikerikalismus verraten haben, errangen bisher erst vier Mandate im ersten Ermittlungsverfahren und werden es mit samt den ihnen nahestehenden Bauernbündlern auf nicht mehr als 17 Mandate bringen, die andern Parteien werden überhaupt ohne Vertretung im Parlament bleiben.

Daß unter solchen Umständen auch die Hoffnung, die Reaktion, in die sozialdemokratische Mehrheit der Wiener Gemeinderatsvertretung Besche zu schlagen, zunichte werden mußte, ist klar. Die Sozialdemokraten haben 78 Mandate, denen nur 41 Christlichsoziale und ein jüdisch-nationales Mandat gegenüberstehen, nahezu die Zweidrittelmehrheit in der Wiener Gemeinderatsvertretung, und niemand wird die sozialdemokratische Mehrheit hindern können, ihre erst proletarische Verwaltung fortzusetzen.

Notizen.

Ein sonderbares Kaufgeschäft. Wie dem Züricher „Volkrecht“ aus Rom gemeldet wird, schließt die Amnestie, die in Italien am 31. Oktober in Kraft treten wird, nur Verbrechen gegen die Sicherheit des Staates und schwere politische Verbrechen aus, für die keine Milderungsgründe gemacht werden können. Inpolitischen Kreisen versichert man, die Amnestie komme besonders den kommunistischen Parteimitgliedern zugute. Mussolini habe damit der Sowjetregierung, mit der gegenwärtig Handelsvertragsunterhandlungen im Gange sind, seine guten Absichten beweisen wollen. Der Sowjetvertreter in Rom habe seinerseits die Versicherung abgegeben, daß die kommunistische Bewegung in Italien von Rußland nicht mehr finanziell unterstützt werden soll.

Die Ruhr-Diktatur. Unser Augsburger Parteiblatt, die „Schwäbische Volkszeitung“, wurde ohne nähere Gründe vom bayerischen Generalkommissar auf acht Tage verboten und die gesamte Montagsausgabe beschlagnahmt. Man führt die Beschlagnahme hauptsächlich auf zwei Artikel zurück, die sich mit der Haltung des Generals v. Kossow befassen und darauf hinweisen, wie die bayerische Eigenbrödeli Poincaré bei seiner reichszerstörenden Arbeit zugute gekommen ist.

Zeitungsverbote. Das Wehrkreiskommando Stettin hat von rechtsstehenden Zeitungen die „Stargarder Zeitung“ und die „Lauenburger Zeitung“, von linksstehenden den sozialdemokratischen „Hinterpommer“, „Köslin“, verboten.

Die Hamburger Opfer. Amtlich wird mitgeteilt, daß als Opfer des kommunistischen Pogroms 60 Tote und 154 Verwundete in den Hamburger Krankenhäusern eingeliefert wurden. Diese Zahlen umfassen nur Zivilisten. Die Polizei hat außerdem 14 Todesopfer zu beklagen.

Kein Streik in Hanau. Aus Hanau wird uns gemeldet: Die Meldung einer Telegraphenagentur, daß hier „allgemein gestreikt“ werde, ist falsch. Im Sonntag hatten die Betriebsräte schon die Beendigung des Proteststreiks erklärt. Am Montag wurde nicht „allgemein gestreikt“, sondern im Gegenteil allgemein gearbeitet.

Krise in Lübeck. Die Lübecker Bürgerschaft nahm in erster Lesung ein von den Sozialdemokraten im Zusammenhang mit den Augusturruhen gegen den Gesamtantrag beantragtes Mißtrauensvotum in namentlicher Abstimmung mit 42 gegen 31 Stimmen an. Eine zweite Lesung wird noch stattfinden.

Rechtswissenschaften sündigen ahnungslos. Wegen verbotener Gefangenenerziehung, Mäßigung und Vergehens gegen die Verordnungen des Reichspräsidenten vom 26. September hatten sich am Dienstag vor dem außerordentlichen Gericht in Kottbus die Mitglieder des zur Befreiung des Majors Buchrucker aus der Mühltriner Kommandantur eingesehnen Stottrupps des Leutnants Hahn zu verantworten. Hahn wurde beim Suchruder-Prozess zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Staatsanwalt beantragte Verurteilung der acht Angeklagten im Sinne der Anklage, während die Verteidiger Freisprechung beantragten. Sie wiesen darauf hin, daß die Angeklagten gar keine klare Vorstellung von den Geschehnissen hatten, daß sie nicht darüber im Bilde waren, daß Buchrucker der Gefangene des Obersten Sudovius war. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an und erkannte auf Freisprechung. — Jugendliche Kommunisten finden nicht so viel Verständnis vor Gericht, wie das Hamburger Todesurteil beweist.

Depeschen.

Kampffront der Beamten.

* Berlin, 31. Oktober. In einer Sitzung der fünf Beamten-Spikenoorganisationen wurde gestern hier vom Deutschen Beamtenbund, dem Allgemeinen deutschen Beamtenbund und dem Gewerkschaftsring die „Kampffront der Beamten“ gebildet. Die Kampffront soll unter Anwendung aller gemeinschaftlichen Mittel gedacht sein. Der Gesamtverband deutscher Beamtenvereine (Christlichnational) und der Reichsbund der höheren Beamten traten der Kampffront nicht bei, weil sie es ablehnten, in der jetzigen schwersten Lage des Vaterlandes das Glend des Volkes einschließlich der Beamten durch einen eventuellen Streik zu vergrößern und an Aktionen sich zu beteiligen, die als eine unmittelbare Gefährdung des Berufsamtentums anzusehen sind.

Der Untersuchungsanschuß.

* Paris, 31. Oktober. Nach einer Meldung der „Völkischen Zeitung“ erklärte sich die Reparationskommission in der jetzigen Sitzung grundsätzlich bereit, einen Sachverständigenausschuß zur Prüfung der Reparationsfähigkeit Deutschlands zu ernennen und einzutreten, welche Nationen in dem Ausschuß vertreten sein sollen. Die Kommission beschloß ferner, die Mitglieder des Ausschusses selbst zu ernennen mit Ausnahme des amerikanischen Vertreters, dessen Benennung der amerikanischen Regierung überlassen soll. Endgültige Beschlüsse werde die Reparationskommission über den Sachverständigenausschuß fassen, wenn die Regierungen sich untereinander vollständig geeinigt und die Kommission davon benachrichtigt haben.

feurio

Nicht der Preis entscheidet, sondern die Qualität. Feurio enthält 50% Fett, Kernseifen nur 60%, Feurio ist daher im Gebrauch viel sparsamer und schont die Wäsche ungleich mehr.

VEREINIGTE SEIFENFABRIKEN STUTTGART A.-G.

TRUEB

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 1. November 1923.

Der Beitrag zur Erwerbslosen-Fürsorge.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 13. Oktober 1923 hat der Reichsarbeitsminister am gleichen Tag eine Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge erlassen, die am 1. November 1923, also diese Woche schon, in Kraft tritt.

Nach § 1 werden die Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber sowie durch Zuschläge der Gemeinden aufgebracht, die jedoch nicht mehr als ein Viertel der Gesamtbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern betragen dürfen.

Vorher müssen jedoch mindestens 2 Wochen lang die nach § 6 Abs. 2 zulässigen Höchstbeiträge von Arbeitnehmern und Arbeitgebern erhoben worden sein. Beitragspflichtig sind die Arbeitnehmer, welche auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse Versicherungspflichtig sind, sowie ihre Arbeitgeber.

Notwendig ist die Aufbringung der Mittel zur Hilfe für unsere Erwerbslosen; aber wir Arbeiter und Angestellte haben alle Verantwortung, uns gegen die einseitige und ungerechte Belastung zu wehren!

Der Beitrag darf 20 Prozent, das ist ein Fünftel des Krankentagesbeitrags, der jetzt in den Ortskrankenkassen meist 9 bis 10 Prozent des Arbeitsverdienstes beträgt, nicht übersteigen. Bei Festsetzung dieses Höchstbeitrags hat also von jetzt ab ein Arbeitnehmer 1 Prozent seines Lohnes mehr als Beitrag an die Krankenkasse zu zahlen (1 Prozent trägt der Arbeitnehmer). Erhöht eine Ortskrankenkasse bisher 10 Prozent, so erhöht sie also mit dem Erwerbslosenbeitrag zusammen 12 Prozent, d. h. bei einem Einkommen von 100 Milliarden 12 Milliarden. Eine Betriebskasse z. B. erhob bisher nur 5 Prozent Beitrag; die 20prozentige Erhöhung der Erwerbslosenfürsorge beträgt bei dieser Kasse mithin nur ein Prozent Beitragssteigerung, d. h. von 5 auf 6 Prozent, also 6 Milliarden Beitrag. Eine Ortskrankenkasse erhob bisher 6 Prozent Beitrag, sie erhöht künftig mit 20 Prozent Erhöhung 7,2 Prozent, also 7,2 Milliarden Beitrag insgesamt.

Darauf zahlen die Versicherten für je 100 Milliarden Arbeitsverdienst in Klassen

Table with 5 columns: bisher, in Zukunft, davon f. Erwerbslosenbeitrag, Arbeitnehmer, Arbeitgeber. Rows show percentages and amounts for different income classes.

Der Unterschied in der Belastung der Mitglieder verschiedener Klassen ist also sehr beträchtlich. Einmal sind die Ortskrankenkassen geschädigt, denn sie sind die Träger der Versicherung mit den schlechtesten Mitteln. Sie werden dafür vom Gesetzgeber besonders bestraft, denn sie müssen als Träger der allgemeinen Krankenversicherung alles aufnehmen, ihr Beitrag muß höher sein, also tragen dann bei der jetzigen Festsetzung der Beiträge zur Erwerbslosenversicherung ihre Mitglieder und Arbeitgeber die größeren Lasten, zum Teil 66 bis 100 Prozent höher als Mitglieder der Gesand- oder Betriebskassen, die sich die Mitglieder zum Teil ausgleichen können.

Zum zweiten sind die Krankenkassen geschädigt, die wegen besonders guter Leistungen, sagen wir mal erhöhtes Krankengeld, Zahlung vom ersten Tage der Krankheit an, erhöhte Gemeinnützige Familienhilfe, von ihren Mitgliedern gern einen höheren Beitrag bekommen haben. Auch diese müssen nun zur Strafe

mehr Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge zahlen, weil sie besondere soziale Pflichten für ihre Familien usw. erfüllen. Ist das nicht Unfair? Man drängt diese Klassen auf den Weg, ihre Mehrleistungen einzuschränken, um nicht vielleicht einen doppelt so hohen Beitrag zur Erwerbslosenfürsorge erheben zu müssen wie andere Klassen, die sich damit begnügen, ihren Mitgliedern nur die Regelleistungen zu gewähren.

Eine weitere Wirkung der ungerechten Beitragserhebung wird die noch größere Flucht der Mitglieder mit besseren Mitteln aus den Ortskrankenkassen sein; sie gehen in die Betriebskassen. Auch Arbeitgeber werden leichter als bisher geneigt sein, um zum Teil recht erhebliche Beiträge für soziale Fürsorge zu sparen, Betriebskassen zu gründen.

Diese Schädigung der Krankenversicherung kann die Gesetzgebung nicht gewollt haben. Der Hauptverband der Ortskrankenkassen hat diesbezüglich schon Vorstellungen erhoben, und die Versicherten allerorts müssen gegen diese Beitragserhebung für die

An die Parteigenossenchaft! Der Parteibeitrag für die 45. Woche beträgt für Männer 2 Milliarden, Frauen 500 Millionen Mark.

Genossinnen und Genossen! Der Kampf um die Erhaltung der Partei hat jetzt den höchsten Grad erreicht. Wir erwarten, daß kein Mitglied, welches vollarbeitete, mit dem Beitrag in Rückstand bleibt. Notwendig ist aber auch regelmäßige Kasse, schnelle Abführung der fälligen Beiträge an den Bezirk, unter allen Umständen Aufrechterhaltung der Organisation. Die Lösung dieser Aufgaben liegt in erster Linie bei den Ortsvereinsleitungen. Laßt den Mut nicht sinken! Die Reaktion darf nicht triumphieren; sie darf uns unter Organisation nicht zerlegen.

Der Parteivorstand der Vereinigten sozialdemokratischen Partei Magdeburg-Anhalt.

Erwerbslosenfürsorge protestieren, die Abänderung verlangen, so daß generell vielschicht der Beitrag auf nur 1 Prozent des Verdienstes festgesetzt wird (einschließlich Arbeitgeber-Beitrag).

Da die Verordnung Beiträge von allen Zwangsversicherten verlangt, so müssen auch Kurzarbeiter, die vielleicht nur 4 oder weniger Stunden arbeiten, 1 Prozent ihres kargen Verdienstes als Erwerbslosenbeitrag zahlen (1 Prozent zahlt der Arbeitgeber), wenn ihre Kasse das Recht hat, 10 Prozent Beitrag erheben zu müssen, oder 0,6 oder 0,5 Prozent, wenn ihre Krankenkassen sonst nur 6 oder gar 5 Prozent erheben. Ebenso die armen Dienstmädchen, Galbinaliden usw., soweit sie versicherungspflichtige Tätigkeit mit nur geringem Verdienst ausüben.

Drittens werden die in den untern Lohn- und Gehaltsstufen der Reichsbetriebe, der Betriebe der Länder und der Kommunen stehenden Arbeiter und Angestellten als Zwangsmitglieder der Krankenversicherung zur Beitragsleistung für die Erwerbslosen herangezogen werden müssen. Nicht aber die Beamten! Warum diese nicht, die viel höher im Einkommen stehen? Wäre es nicht richtig, wenn man die Lasten für die Erhaltung der armen Opfer unserer Wirtschaftskrisen, für die Erwerbslosen, auf die breitesten Schultern legte? Die Auffassung, daß Beamte nicht arbeitslos werden, ist nicht durchschlagend; während ältere Arbeiter oder gar Angestellte einfach entlassen werden, der öffentlichen oder sozialen Fürsorge anheimzufallen, werden die älteren Beamten bis ins höchste Alter (65 bis 68 Jahre) mit durchgeschleppt oder ungünstigstenfalls mit ziemlich hohen "Pensionen" (eigentlich auch Invalidentgeld) in den Ruhestand geschickt. Bei Aufhebung oder Abänderung von Behörden, Ämtern usw. gibt es Wartegeld oder gar Gehaltsfortzahlung.

Da nun gut ein Sechstel aller Arbeitnehmer Beamte des Reichs, der Länder, Provinzen, Kommunen usw. sind, so würde sich der Beitrag für die Erwerbslosenfürsorge ganz bedeutend heben, wenn man in unserm Volksstaat nicht nur die Arbeiter und Angestellten zu dieser Beitragsleistung für die armen Erwerbslosen heranziehen würde, sondern auch alle Beamten, wenn sie das Mindesteinkommen eines Zwangsversicherten, der den Erwerbslosenfürsorgebeitrag zu leisten hat, erreichen. Das wäre gerecht.

Darüber herrscht doch kein Zweifel: für die Arbeiter und Angestellten bedeutet die Bestimmung, daß sie vom Bruttobeitrag ihres Arbeitsverdienstes nochmal (neben dem Beitrag des Arbeit-

gebers) 1 Prozent für die Allgemeinheit zu zahlen, haben, eine harte Belastung.

Es ist also dringend notwendig, daß sich die Vorstände und Ausschüsse der Krankenkassenmitglieder, die gewerkschaftlichen Vertretungen der Arbeiter und Angestellten, die Kartelle und Spitzenverbände, die Sozialdemokratische Partei mit dieser neuen, ungerechten Belastung der Arbeiter und Angestellten befassen, ihre Abänderung beantragen, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes in wenigen Tagen durchzuführen wäre.

Ich fasse zusammen: 1. für die Erwerbslosenfürsorge nur ein Beitrag von höchstens 1 Prozent des Arbeitsverdienstes (zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu zahlen) von allen Arbeitern und Angestellten, ferner auch den Beamten des Reichs, der Länder und Kommunen sowie sonstigen öffentlichen Einrichtungen erhoben; 2. für die Zwangsmitglieder der Krankenversicherung haben die Klassen, für alle anderen Arbeitnehmer die Arbeitgeber, also auch Reich, Staat und Gemeinde, die Beiträge zu erheben und an die Verwaltungsstellen abzuführen.

Die Lasten werden damit auf breitere Schichten verteilt, es wird gerechter verfahren. Auch die Kreise zahlen dann mit für die Erwerbslosen, die nicht arbeitslos werden, auch nie Kurzlohn bekommen. Man ersieht dann auch z. B. die höheren Angestellten von Handel, Industrie und Banken, die zu diesem sozialen Zweck eine Mitzung ihres Gehalts ebenfugot tragen können wie die Zwangsversicherten. R. P a n i k.

Reichsindex. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für Montag den 29. Oktober auf das 13,671-millionenfache der Vorkriegsziffer. Die Steigerung gegenüber der Vorwoche (3045 Millionen) beträgt demnach 349 v. S. —

Deutsche Lebensmittelfuhr. Die sich seit dem Einfall der Franzosen in das Ruhrgebiet von Monat zu Monat verschärfende wirtschaftliche Depression hat die Ernährungslage der deutschen Bevölkerung erheblich verschlechtert. Diese Verschlechterung kommt zahlenmäßig in dem Rückgang von Lebensmittelfuhr nach Deutschland zum Ausdruck, deren abschließende Ergebnisse nun für die Zeit von Januar bis August vorliegen.

Nach ihnen beläuft sich die Gesamteinfuhr von Nahrungsmitteln in den ersten 8 Monaten des Jahres auf 24,3 Millionen Doppelzentner gegen 32,6 Millionen im Vorjahr. Das ist ein Rückgang von mehr als 25 Prozent. An ihm ist vor allen Dingen die reduzierte Weizeinfuhr beteiligt. 1923 wurden noch 827 704 Doppelzentner Weizen eingeführt, 1922 nur 230 449 Doppelzentner. Der Weizenimport hat sich also um gut 75 v. S. verringert. Für den Rückgang kommen auch in erheblichem Maße die Kartoffeleinfuhren in Betracht. Das Defizit in den Monaten Juli und August an Frühkartoffeln mußte aus den westeuropäischen Vorräten gedeckt werden, da die Handelsraten, zum Beispiel Lettland, Estland, Litaunen recht unbedeutende Mengen lieferten.

Neben den Kartoffeleinfuhren haben sich auch die Fleischeinfuhren verringert. Das gilt besonders für Fleischkonserve, Hammel-, Schweinefleisch usw. Dagegen hat sich die Einfuhr von Rindfleisch mit 23 297 Tonnen gegen 23 927 Tonnen im Vorjahr nur wenig verändert. Die Einfuhren von Speck, Schmalz und Rindertalg, die zum größten Teil aus den Vereinigten Staaten kommen, liegen sogar nicht unerheblich. An Speck wurden 21 870 Tonnen gegen 17 219 Tonnen, an Schmalz 77 069 Tonnen gegen 51 877 Tonnen und an Rindertalg 20 737 Tonnen gegen 19 569 Tonnen eingeführt.

Einen starken Rückgang erfuhrt der Import von Genussmitteln. Die Zufuhren von Kaffee sanken von 32 695 Tonnen auf 23 915 Tonnen und die von Kakao von 71 080 Tonnen auf 35 870 Tonnen. Der Import von Gewürzen, Apfelsinen und Zitronen verringerte sich nahezu um die Hälfte, die Tabakeinfuhr von 55 533 Tonnen auf 38 079 Tonnen. Die Zuckereinfuhren sind ganz unbedeutend geworden. Die Kaffeeinfuhr sank von 20 771 Tonnen auf 6 908 Tonnen, die Einfuhren von Milch, Butter und Eiern sind kaum noch nennenswert.

Im Gegensatz zu den angeführten Artikeln hat die Roggeinfuhr eine starke Steigerung erfahren. Sie betrug in den ersten 8 Monaten 1923 144 296 Tonnen, 1922 aber 718 295 Tonnen. An Weizen bezog Deutschland 1923 nur 368 171 Tonnen gegen 902 974 Tonnen im vorigen Jahr. An Gerste wurden 151 820 Tonnen gegen 140 357 Tonnen eingeführt. Die Hafereinfuhren sanken von 32 649 Tonnen auf 27 973 Tonnen. Die verminderten Nahrungszufuhren in Deutschland. Und das schafft der deutschen Landwirtschaft das Monopol, das sie gehörig ausnützt. —

Das Geheimnis des Alten.

Roman von Stein-Riberkon.

6. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

Die Unterredung schien dem Alten die Laune verdoeben zu haben, und sobald der Sohn zurückgekommen war, verabschiedete er sich und suchte sein Zimmer auf. „Ich dachte er schlief hier?“ fragte ich, indem ich auf das Bett an der spanischen Wand hinwies. „Ja, manchmal“, antwortete Fröhjof, „aber nicht regelmäßig. Er ist ja überhaupt so nervös und so wunderbar, das heißt, er ist es vielmehr geworden.“

„In letzter Zeit erst?“ „Ja, im letzten halben Jahr.“ „Er nahm ein Licht vom Nachtschischen, steckte es an und sagte: „Aber nun wirst Du sicherlich müde sein. Komm, ich will Dich auf Dein Zimmer bringen!“ Wir gingen durch eine Reihe alter, niedriger Stuben in den andern Flügel des Hauses hinüber und eine knarrende Kreppe zu den Fremdenzimmern hinaus. In dem schwachen, flackernden Kerzenschein sah ich die abgenutzte Diele und mußte unwillkürlich daran denken, wie viele Geschlechter hier wohl schon gelebt haben mochten.

„Das ist ja ein ganz gespenstisches Haus“, sagte ich. „Wie oft ist das eigentlich schon?“ „Neber zweihundert Jahre.“ Wir traten in das für mich hergerichtete Zimmer und Fröhjof setzte das Licht in einen langarmigen Leuchter auf den Tisch. Das Zimmer machte einen sehr wohllichen Eindruck; das geräumige Bett mit einem ganzen Berge von Kissen und Decken hatte über sich einen Baldachin, im Kamin prasselte lustig mächtige Birkenholzscheite. Ich spürte einen schwachen Duft von Staub und alten Möbeln; das Zimmer mußte lang unbesetzt und nicht mehr gelüftet worden sein. Ich ging zum Fenster und ließ es auf, und die kalte Nachtluft strömte herein und wehte die Vorhänge ins Zimmer. „Wie hartnäckig Dein Vater sich dem Ankauf des Hundes widersetzt hat!“ sagte ich vornehmig. „Hat er denn wirklich eine solche Abneigung gegen Tiere?“ „Eigentlich nicht“, antwortete Fröhjof. „In letzter Zeit aber gerade gegen Hunde. Das ist seine neueste Parodie.“ „Na, und Du?“ „Ich finde darin nichts Merkwürdiges“, antwortete er ausweichend. „Auf einen großen Gutshof gehört doch schließlich ein Hund, oder nicht?“ „Ja, ladre.“ „Na,“ sagte ich, „Du wirst mir die Geschichte ja schon noch erzählen. Vielleicht morgen bei Tage.“

„Ich habe keine Geschichte zu erzählen“, antwortete er verschlossen. Ich klopfte ihm begütigend auf die Schulter. „Denk immer daran, alter Freund, wald Trost es bisweilen ist, sich mit jemand aussprechen zu können!“

„Gute Nacht!“ sagte er kurz und ging. Ich horchte lange auf seine Schritte, die sich über die knarrenden Treppen entfernten. Als ich endlich verhallt waren, wurde es totensill; der ganze Gutshof lag bereits im tiefsten Schlaf. Ich warf einen Blick durch das Fenster hinaus; am Himmel stand die silberne Scheibe des Mondes, und die ganze Landschaft war in tiefblauen Dunkel und geheimnisvolles Schweigen gehüllt. Nicht einmal der Nachtwind sauste in den Baumkronen.

Von meinem Fenster aus konnte ich zum andern Flügel des Hauses hinübersehen. Dort waren noch zwei Fenster erleuchtet. Sonst war alles dunkel.

Ich begann meine Handtasche auszupacken, um die Sachen zu ordnen, denn ich war selbstverwunderlich müde, sei es nun infolge der Lustveränderung oder aber infolge des Interesses, das sich meiner für dieses merkwürdige Haus bemächtigt hatte. Ich legte mein Manuskriptpapier auf den Tisch, räumte den Schreibtisch ein und hielt nur ab und zu in meiner Beschäftigung inne, um noch einmal über die Ergebnisse des Tages nachzudenken. Was war das für ein merkwürdiger Streit um irgendeinen Hofhund? Und warum hatte sich der Alte so hartnäckig gestraubt? Er hatte wirklich ganz unglücklich ausgesehen, als er vor dem Sohne stand und ihn bat, den Hund wenigstens in der ersten Nacht anzubinden! Jemand etwas mußte da nicht in Ordnung sein. Oder wie kam der Junge sonst dazu, zu sagen, er wolle dem nächsten Unwesen ein Ende machen?

Ich weiß nicht. Es wurde mir selbst in der tiefen Stille etwas unheimlich zumute. Ich beschloß die Tür und stieg ins Bett, das heißt, ich kletterte den großen Berg von Kissen hinauf, in dem ich völlig verlor.

Während ich so dalag und auf den Schlaf wartete, merkte ich, daß es mit der Zeit doch ziemlich kühl im Zimmer wurde. Ich richtete mich im Bett auf. Richtig, ich hatte ja vergessen, das Fenster zu schließen! Und da ich kein Messer bei mir und keine Erlaubnis holen wollte, stand ich auf und trat ans Fenster, um es zuzuziehen.

Ich warfe noch einen Blick über den Hof hinaus und sehe, wie im selben Augenblick das Licht drüben im andern Flügel zerlischt. Wahrlich, das ist der Alte nun auch zu Bett gegangen. Auf dem Hopploch tappt in dem blauen Dunkel ein Schatten hin und her: der Hund. Hin und wieder klirrt seine Kette leise, wie wenn er tie hinter sich nachschleift. Es ist ein richtiger Hund, einer von jener Sorte, denen man nicht gern zwischen die Zähne geraten möchte.

Gerade wollte ich mich hiausbeugen, um das Fenster zuzuziehen, als ich auf einen schwachen Laut drunten im Hof aufmerksam wurde: Es klingt, wie wenn eine Tür sehr vorsichtig aufgetan wird. Der Schatten auf dem Hofe macht rasch Halt, und die Kette klirrt nicht mehr. Der Hund lauscht. Und plötzlich sehe ich, wie drüben im andern Flügel in der Tat eine Tür aufgeht und eine dunkle Gestalt zum Vorchein kommt. Das schwache Licht des Mondes fällt gerade auf diesen Teil des Hofes, so daß ich, was drüben vor sich geht, ziemlich deutlich zu erkennen vermöge. Dagegen wirft eine Baumgruppe einen breiten, schwarzen Schatten mitten über den Hof. Die Gestalt steuert auf diesen Schatten zu und verschwindet in ihm. Aber ich habe genug gesehen, um sie zu erkennen: es ist der Alte.

„Na“, denke ich, „da bin ich jetzt wirklich neugierig, wie die Sache abläuft, denn der Hund kennt ihn ja nicht und packt ihn trotzdem an.“ Und dann höre ich, wie der Hund auch von leise, ganz leise zu knurren anhebt, wie wenn er nicht recht möchte, wie er sich verhalten soll. Und plötzlich stimmt er ein lautes Geheul an, das sich wieder abbricht. Dann wird alles stille.

Was war das eigentlich gewesen? Hatte ich ein Schaufen in der Luft gehört? Oder war es der Wind, der durch die Baumkronen ging? Ich hätte es nicht zu sagen vermögen. Und ich hätte auch gar keine Zeit, lange darüber nachzudenken, denn schon tauchte drüben wieder die Gestalt auf. Ja, es war der Alte! Ich vermochte sogar sein Gesicht zu erkennen. Er war nur in seinen langen Schlafrock gehüllt, der ihm beinahe bis zu den Füßen hinabreichte.

Er öffnete die Tür und schlich sich wieder ins Haus, und gleich darauf wurde es wieder hinter seinen Fenstern licht, während drinnen ein Schatten sich bewegte.

Am meisten wunderte es mich, daß der Hund sich gar nicht mehr rührte. Weder ist ein Knurren noch ein Klaffen der Kette zu hören. Aber ich sehe ihn ganz deutlich, denn er hebt sich sofort auf dem hellen Sandboden ab und überdies glitzert das Mondlicht von der Kette, die wie ein silberner Faden von der Hundeshülte zum Schatten des Hundes führt.

Ein merkwürdiger Gedanke fährt mir durch den Kopf. Sollte der Hund am Ende gar tot sein? Ich pfeife zuerst leise und dann lauter, aber er regt sich nicht. Dann nehme ich an Ofen ein Holzstück und werfe nach ihm. — Alles umsonst. Nun, wenn er nicht mag, dann soll er es eben bleiben lassen! Und ich schließe das Fenster und tricke wieder ins Bett. Was geht die ganze Geschichte eigentlich mich an? Aber ich finde dennoch keinen Schlaf, denn ich muß denken: wenn der Hund wirklich tot ist, so hat ihn also der Alte umgebracht. Aber wie? Er ist doch gar nicht in seine Nähe gekommen! Ich lag noch lange wach und horchte hinunter, ob die Kette vielleicht wieder raselte, aber ich hörte nichts und schlief endlich ein. (Fortsetzung folgt.)

